

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 M. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegend.

Insertate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreige-
spaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstamt zu Tharandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. A. Berger in Wilsdruff. — Berantwortlich für die Redaktion H. A. Berger baselbst.

No. 64.

Donnerstag, den 30. Mai

1895.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährigen Kirschenmuzungen an der

Meissen-Wilsdruffer-Straße, Abtheilung 1 bis 4

sollen

Sonnabend, den 8. Juni d. J. von nachmittags 3 Uhr an
im Gasthause zum „Kaisergarten“ in Cölln

im Wege des Meistgebotes und gegen sofortige Baarzahlung, sowie unter den vor Beginn der Verpachtung bekannt zu gebenden sonstigen Bedingungen öffentlich verpachtet werden.

Meissen, am 24. Mai 1895.

Königliche Straßen- u. Wasser-Bauinspektion II.
Neubau.

Königliche Bauverwaltung.
Friedrich.

Holzversteigerung auf Spechtshausener Staatsforstrevier.

Zu Gasthofe zu Spechtshausen sollen

Donnerstag, den 6. Juni 1895, von vormittags 9 Uhr an

nachstehende Nutz- und Brennhölzer, als:

12 b. und 1071 w. Stämme, 27 b. und 141 w. Klöcher, 176 fl. Derbstangen, 50 fl. Reisstangen und 2200 fl. Weinpfähle, 2,6 Rm. b. und 42,2 Rm. w. Nutzsheite, 52,8 Rm. w. Nutzknüppel, 10 Rm. b. und 117 Rm. w. Brennsheite, 5,8 Rm. b. und 164 Rm. w. Brenzknüppel, 6,6 Rm. b. und 6 Rm. w. Jacken, 7,5 Rm. b. und 127 Rm. w. Nestle, 385,5 Rm. w. Stocksheite und 1 Rm. w. Stockspäne versteigert werden.

Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schanztäten der umliegenden Dörte aushangenden Plakate.

Königliche Forstrevierverwaltung Spechtshausen und Königl. Forstamt Tharandt,
am 25. Mai 1895.

Flemming.

Wolfstramm.

Dienstag, den 4. Juni d. J., 3 Uhr Nachmittags

wird in dem Dorfe Groitzsch gegen sofortige Baarzahlung 1 Schwein, 1 Schnittstock, 1 Sopha, 1 Kleiderschrank und 2 Tische öffentlich versteigert. Versammlung der Bieter im dafürgen Gasthofe.

Wilsdruff, den 27. Mai 1895.

Schr. Busch, Ger. Böhl.

Die für Freitag, den 31. d. M. in dem Dorfe Schmiedewalde angezeigte

Versteigerung findet nicht statt.

Schmiedewalde, den 29. Mai 1895.

Die Ortsgerichte.

Tagesgeschichte.

Von nationalliberaler Seite wird geschrieben: Der Reichstag ist nach Hause geschickt, leider kann man nicht sagen: auf Nimmerwiedersehen. Wir werden ihn, wenn nicht eine Auflösung erfolgt, noch drei Jahre zu genießen haben, und müssen uns deshalb auf die weitere Versumpfung der großen Reichsangelegenheiten, namentlich der Ordnung des Finanzwesens, gefasst machen. Es ist gut, wenn man sich mit diesem Gedanken vertraut macht. Gut auch für die Regierung. Denn Hoffen und Harten — — —. Es ist gewiß kein erhebendes Beispiel, wenn die Regierung des Kaisers sich in jedem November, die Hand aufhaltend, vor dem Centrum postirt und so bis in den Sommer hinein stehen bleibt, um dann — nichts zu erhalten. Für das Centrum ist aber inzwischen in der Regel etwas abfallen. Diesmal, wie es scheint, Niederlassungen des Dominikanerordens und noch mehr. Es läßt sich nicht so leicht beurtheilen, was in der Schulverwaltung dem Centrum zu Liebe geschieht, viel ist es jedenfalls. Zufrieden ist der Ultramontanismus, seine letzten Agitationsanträge im preußischen Abgeordnetenhaus haben es wieder bemüht, doch nicht, Alles, was man ihm bietet, „schmeckt nach mehr“, und zur Unterstützung einer gedeihlichen Reichspolitik ist er erst recht nicht zu haben. Das ist nun von heut auf morgen nicht zu ändern und man sollte es auch nicht ändern wollen. Die Regierung sollte die Hoffnung aufgeben, von dem Centrum aus Trauben zu lesen und dafür eine bessere Zukunft vorbereiten. Das aber kann sie nicht, wenn sie fortsetzt, den Ultramontanismus die Cour zu schneiden. Dadurch fühlen sich andrer, für die Führung der Reichspolitik unentbehrliche Parteien abgestoßen und mit Recht. Diese sehen ein, daß man mit den Gegnern des Reiches für das Reich arbeiten kann, und der Ultramontanismus ist der Gegner geblieben, wenn er auch nicht so dummi ist, in einer Zeit, wo er oben gehätschelt wird, die Krallen zu zeigen. Durch ihr Verhalten zum Centrum, das in den eigentlichen Reichssachen regelmäßig der Verbündete des Herren Richter und oft der Sozialdemokraten ist, macht die Regierung die patriotischen Parteien irre und die Folge davon ist, daß es zu Abstimmungen kommt, wo die Regierung Alles gegen sich hat. Die Regierung muß klar erkennen lassen, was sie will, und sich für ihre Pläne eine Mehrheit im Reichstage zu schaffen suchen. Dabei darf sie aber freilich nicht Dinge aufs Tapet bringen, wegen deren

sich die Conservativen und Gemäßigtliberalen entwirren möchten, denn ohne diese beiden Parteien wird es auch in keinem künftigen Reichstage gehen. Und auf den künftigen Reichstag muß die Hoffnung gesetzt werden, den jetzigen muß man seiner Unfähigkeit, etwas zu leisten, überlassen. Auch Fürst Bismarck hat solche unbrauchbare Reichstage mit ultramontan-sozialdemokratisch-Rechterlichen Mehrheiten gehabt, einmal sogar zwei hintereinander. Aber er hat während der Zeit ein gutes Verhältniß der Regierung zu den anderen Parteien, wenn er auch von dieser Minderheit keine Gesetze haben konnte, unterhalten, und er hat getrachtet das gute Verhältniß dieser Parteien untereinander zu pflegen. Dann nahm er seinen Augenblick wahr, und die Wähler, die wußten, wohin die Reise ging, schickten wieder einen brauchbaren Reichstag nach Berlin. Heute liegen die Dinge allerdings infolge schwieriger, als neue „Führer“ aufgetretenen sind, die um jeden Preis Ansehen haben wollen, und die Führer der konseriativen Partei andere geworden sind, Männer, die vor Allem ostelbische Großgrundbesitzerpolitik machen möchten. Aber gerade diesen gegenüber hat die Regierung des Kaisers und Königs von Preußen eine starke Stellung, die sie nur auszuüben verstehen muß. Die Regierung ist, das läßt sich nicht ableugnen, redlich bestrebt, der Notz der Landwirtschaft abzuhelfen, soweit der Staat dies überhaupt kann. Durch das Branntwein- und Zuckersteuergesetz hat das Reich dazu geholfen und in Preußen sind eine ganze Reihe von Hilfsmitteln im Werke. Die Regierung hat also in dieser Hinsicht ein gutes Gewissen. Dieses könnte ihr aber den Muth geben, den ostelbischen konservativen Führern Ernst zu zeigen, wo sie den Versuch machen, den Staat allein beherrschend zu wollen. Davor ist aber wenig zu merken und freilich ist es nicht leicht, der kleinen aber mächtigen Partei, als die Kaiser Wilhelm I. die Junker bezeichnet hat, Respekt einzuflößen, wenn man einen der Jungen auf dem einflußreichsten Posten in der Regierung beläßt, obwohl er eben diese Regierung schwer geschädigt hat. Man muß sich klar werden, daß der Reichstag, so untrüglich er ist, nicht an allem Nebel die Schuld trägt, und daß eine Regierung nicht nur dazu da ist, Gesetze auszuarbeiten und dem Reichstage vorzulegen, sondern die Dinge so zu leiten, daß die Gesetze auch zu Stande kommen. Unter einer schwachen und schwächlichen Regierung gerät selbst ein gutes Parlament in Verfahrenslosigkeit, geschweige denn ein unglücklich zusammengesetztes.

Die „B. P. N.“ schreiben im offiziösen Sinne: „Kurz vor Thorschlusß ist im Reichstag noch ein scharfer Angriff auf die Regierung gemacht worden, und zwar bezeichnender Weise von den beiden äußersten Flügeln, dem hochkonservativen und dem linksliberalen. Man hat der Regierung Mangel an Entscheidlichkeit und innerer Geschlossenheit vorgeworfen, und es ist darin die Ursache des unbefriedigenden Verlaufes der Session gesucht worden. Aber dieser Vorwurf enthebt der Begründung. Denn die Regierung ist mit einem durchaus festen und in sich geschlossenen geleggeberischen Plane an den Reichstag herangetreten und hat mich Nachdruck auf die Durchführung desselben hingelegt. In dieser Hinsicht hat es an nichts gefehlt. Wohl aber hat sich nach Reichstag nicht die Kraft gefunden, für einen vorgeschlagenen positiven Lösungen eine Mehrheit. Ebenso wenig aber hatte der Reichstag die Kraft, eine geschlossene oppositionelle Mehrheit zu bilden. Verschiedene Gruppen haben sich jeweils in ganz verschiedener Art zu einer negativen Mehrheit zusammen, aber außer dem negativen Votum im Einzelfalle verband sie ein dauerndes gemeinsames Band nicht, und die Gegner von gestern waren heute Bündnisgenossen, um morgen sich wieder in feindlichen Lagern gegenüberzustehen. Hierin liegt das charakteristische Merkmal der jüngsten politischen Lage; der Reichstag ist in gleicher Weise unvermögend zur Bildung einer einheitlich positiven, wie einer einheitlich negativen Mehrheit. Gegenüber einer in sich geschlossenen Opposition ist, auch wenn sie über die Mehrheit verfügt, eine kraftvolle und erfolgreiche Aktion möglich; nicht aber gegenüber einer Mehrheit, welche sich aus den verschiedensten Gründen zu einem negativen Votum zusammenfindet, im übrigen aber so wenig Konstanz besitzt, wie der treibende Sand. Die Ursache des unbefriedigenden Ergebnisses der Reichstagssession liegt daher nicht in mangelnder Kraft der Regierung, sondern in der Unfähigkeit des Reichstages, eine als Sylle positiver Politik irgend taugliche Mehrheit zu bilden.“

Einige Angaben über die Vertheilung der Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanal und über die Fürsorge für die Arbeiter dürfen von allgemeinem Interesse sein. Bei Herstellung des Kanals ist Maschinenkraft im ausgedehntesten Maße ange-